

Pressemitteilung

Biomasse - neuer Brennstoff, alter Politikstil?

KeKoWi kritisiert die Politik scheinbar vollendeter Tatsachen bei kommunalen Kraftwerksprojekten

Wiesbaden, 11.04.2010: „Anscheinend fällt es den städtischen Planern unendlich schwer, aus ihrer letzten krachenden Niederlage etwas zu lernen!“ kommentiert Meinrad v. Engelberg, Sprecher der B.I. KeKoWi, einen Bericht in der Tagespresse vom 10.04.2010 ^{*1}, der - anscheinend weitgehend im O-Ton des ESWE-Vertreters Dr.Tenge - eine geradezu naiv optimistische Darstellung des derzeit geplanten Projektes eines Altholz-Kraftwerks an der Mülldeponie in Wiesbaden-Biebrich wieder gibt. „Liest man diese beschönigende Zusammenfassung der derzeitigen Diskussion um ein wahrlich nicht unumstrittenes Vorhaben, so fühlt man sich um drei Jahre zurückversetzt, als dieselbe ESWE über ihre Kraftwerkstochter KMW mitteilen ließ, ihr damals favorisiertes Kohlekraftwerk sei absolut umweltfreundlich, alternativlos und eigentlich schon so gut wie gebaut.“

Wie wir wissen, kam es anders, vor allem deshalb, weil man den Widerstand in der Bevölkerung sträflich unterschätzte. Und nun wieder dasselbe Spiel, dieselben Methoden, die gleiche Rhetorik: Alles sei völlig unbedenklich, man scheint selbst vor Fehlinformationen nicht zurückzuschrecken, da eine solche Altholz-Anlage neben vielen anderen Schadstoffen sehr wohl hochgiftige Dioxine/Furane emittiert ^{*2/*3}.

Es liefe sogar schon die Ausschreibung, dabei ist noch nicht einmal der Bebauungsplan für das Gelände vorgelegt, geschweige denn verabschiedet. Das ist übrigens Aufgabe des Stadtparlaments – soll es in seiner souveränen Entscheidung wieder einmal übergangen werden?“

Der vorgebliche ‚große Rückhalt in der Bevölkerung‘ ignoriert wissentlich jenen Meinungs-austausch, der zwischen dem Stadtplanungsamt, dem Umweltamt, der B.I. KeKoWi und dem Projektbetreiber seit Monaten geführt wird, und in dem die Besorgnisse und Rückfragen der Bevölkerung klar formuliert wurden.

Die hier behauptete ‚Unterstützung aller Parteien‘ übersieht z.B. den neuesten Beschluss der Mitgliederversammlung von B90/Die Grünen, immerhin Teil der Jamaika-Koalition, vom 04. März 2010, in dem eine Genehmigung zur Verbrennung des höchst schadstoffbelasteten A4-Holzes ausdrücklich verweigert wurde: Ohne diesen Brennstoff sei das Projekt aber angeblich unwirtschaftlich, so hört man; also wird dieser strittige Punkt in der Pressedarstellung lieber gar nicht thematisiert.

Engelbergs Fazit: „Ein weiteres Mal soll ein umstrittenes Projekt schöngeredet und dann ganz schnell durchgepaukt werden, obwohl man auf Seiten der Entscheidungsträger ganz genau über Bedenken und Einwände der Bevölkerung und der Parteien informiert ist. Aber man glaubt einmal mehr, ‚die paar Meckerer‘ einfach durch massive Propaganda für die eigenen Pläne überrollen zu können.“

Wie viele Millionen öffentlicher Gelder sollen denn diesmal in den Sand gesetzt werden, bevor man ein weiteres Mal erkennt, dass kommunale Energiepolitik nicht über die Köpfe der Bevölkerung und ohne regionale Abstimmung hinweg realisiert werden kann?“

Bezug:

*1 <http://www.kekowi.de/presse/anlagen/100410-wk-biomasse-tenge.jpg>

Nachweise zu Dioxinen/Furanen und anderer Schadstoff im Abgas von Altholz-Kraftwerken:

*2 Gutachten des Sachverständigen P.Gebhardt im KGV-Rundbrief 2+3/2001, Seite 4 unten rechts:
<http://www.kekowi.de/biomasse-heizkraftwerk/biomasse-altholz.pdf>

*3 InfraServ/Kalle-Albert: - ‚Unterrichtung der Öffentlichkeit nach §18 der 17. BImSchV‘, Seite 3 unten:
http://www.infraserv-wi.de/files/unterrichtung_oeffentlichkeit2008.pdf